

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 03 86 846 ppbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 7

12. Januar 1982

Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister von Hannover, setzt sich für eine breitere Aufklärung über den Nationalsozialismus ein.

Seite 1-3

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion, dokumentiert die praktische parlamentarische Arbeit zum Schutz der Umwelt.

Seite 4/5

Egon Lutz MdB, stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor Fehleinschätzungen der derzeitigen Wirtschaftssituation.

Seite 6/7

Faschistischen Tendenzen durch Aufklärung entgegenwirken

Eine Ausstellung über den Nationalsozialismus in Hannover

Von Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Die Geschehnisse der jüngsten Zeit, der Anschlag von rechtsextremistischen Kräften in München, das Aufdecken eines Waffenlagers in der Lüneburger Heide sind Zeichen für das erschreckende Ausmaß, das neonazistische Ausschreitungen und Gewalttaten in den letzten Jahren erreicht haben. Sie haben deutlich gemacht, daß die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht bloße Vergangenheit sind, sondern daß das Aufkeimen des Neonazismus eine der schlimmsten Bedrohungen unseres demokratischen Staates gegenwärtig ist. Dieser Bedrohung können wir nur begegnen, indem wir nicht nachlassen in unserem Bemühen, nachhaltig über die Gefahren nationalsozialistischer Umtriebe aufzuklären.

Nachdem die Landeshauptstadt Hannover 1978 aus Anlaß der 40. Wiederkehr der sogenannten "Reichskristallnacht" erstmals eine Ausstellung gezeigt hat, die einem Ereignis aus der Zeit des Nationalsozialismus gewidmet war und sich mit Unterdrückung und Verfolgung unserer jüdischen Mitbürger in jener Zeit beschäftigte - etwa zur gleichen Zeit, als die amerikanische Fernsehserie "Holocaust", in der es ebenfalls um die Schutzlosigkeit des einzelnen bis hin zu seiner physischen Auslöschung durch "Unmenschen" im eigentlichen Sinne des Wortes ging, die Öffentlichkeit aufgerüttelt hat - hat die Stadt jetzt unter dem Thema "Hannover 1933 - eine Großstadt wird nationalsozialistisch" eine weitere Ausstellung zur Aufarbeitung des düstersten Kapitels deutscher Geschichte zusammengestellt.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Fremdüber-Druck
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Ziel dieser Ausstellung ist es, dem bequemen Mißverständnis entgegenzuwirken, es habe sich bei der 12jährigen Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland um eine Fremdherrschaft, um einen einmaligen Ausrutscher deutscher Geschichte, gleichzusetzen etwa einem "Betriebsunfall", einer Art "Naturkatastrophe" gehandelt. Denn wir dürfen nicht vergessen: Adolf Hitler ist legal an die Macht gelangt.

Am 30. Januar 1933 wurde ihm, dem Führer der stärksten Reichstagsfraktion vom Reichspräsidenten als dem zuständigen Verfassungsorgan der Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. Am 5. März 1933, bei den letzten noch einigermaßen freien Reichstagswahlen, stimmte jeder zweite Deutsche für Hitler.

Dies ist Ausdruck eines gigantischen Anpassungsprozesses, der bereits nach wenigen Wochen in vollem Gange war und nicht nur durch den Terror eines ja erst im Aufbau befindlichen Unterdrückungsapparates erklärt werden kann, und bedeutet: Nur im Zusammenwirken oder unter passiver Hinnahme weiter Bereiche der deutschen Gesellschaft haben die Nationalsozialisten die Macht übernehmen können.

Die natürlichen Folgerungen aus diesem Geschehen haben bei großen Teilen der älteren Generation Verdrängungsmechanismen entstehen lassen, die uns heute den rationalen Zugang zu jener Zeit, in der die Machthaber ein "1000jähriges Reich" schaffen wollten, ungeheuer erschwert. Vorschnelles Urteil und Verurteilen einer jüngeren "unbelasteten" Generation hat die Gräben nur noch vertieft.

Die Schwierigkeiten, die wir heute haben, die Schrecken jener zwölf Jahre in ihrem ganzen Ausmaß nachträglich zu erfassen, obwohl uns eigenes Erleben, unwiderlegbare schriftliche und mündliche Zeugnisse zur Verfügung stehen - sollten sie uns nicht Anlaß zu der Frage geben: Müssen wir nicht Verständnis aufbringen können für jene, die sagen, sie hätten es sich damals, 1933, nicht vorstellen können, daß es so kommen würde, wie es schließlich gekommen ist?

Die Aufgabe, die Front von Schuldkomplexen, Verdrängung, Scham und Mißtrauen aufzubrechen, wird nicht dadurch erleichtert, daß statt der so dringend notwendigen ernsthaften Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bisweilen eine Pseudo-Auseinandersetzung Raum greift, die vom leichtfertigen Umgang mit kurzschlüssigen Analogien und vorschnellen Verallgemeinerungen lebt. Wer zum Beispiel die Bonner Friedensdemonstration einen "umgekehrten Reichsparteitag" nennt, wer - ohne genau zu sagen, was er meint und wie er es meint - den sogenannten Radikalenerlaß in die Nähe nationalsozialistischer Unterdrückungspraxis rückt, wer RAF-Häftlinge mit KZ-Häftlingen vergleicht, entfernt sich, bewußt oder unbewußt, meilenweit von der historischen Realität des Nationalsozialismus und der Realität unserer heutigen politischen Landschaft.

Wenn wir dieses unseligste Kapitel deutscher Geschichte aufarbeiten wollen, wenn wir erreichen wollen, daß sich derartige Ereignisse wie in der NS-Zeit auf unserem Boden niemals wiederholen, müssen wir vor allem den allgemeinen faschistischen Tendenzen entgegenwirken, und wir müssen uns dabei bewußt sein, daß die Verdrängungshaltung vieler, die die Zeit des Nationalsozialismus bewußt erlebt haben, zu einem Teil darauf beruht, daß sich ihr eigenes Erleben nicht mit dem deckt, was sie später über diese Zeit erfahren haben. Und wir dürfen unser Augenmerk, wenn wir von neu heraufziehenden Gefahren für unsere Gesellschaft sprechen, nicht allein auf jene Neo-Nazis, Spinner, Traumbärner und Terroristen richten, die lediglich ein Symptom für untergründige Entwicklungen sind, allerdings ein



ernstzunehmendes Symptom, wie verschiedene Terroranschläge und vor allem das Blutbad von München gezeigt haben.

Vielmehr muß es um den Boden gehen, auf dem solches Unkraut Wurzeln treiben kann: Bei den 27 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik, denen seriöse Meinungsforschungsinstitute einen latenten Antisemitismus bescheinigt haben und die gewiß zum Wählerpotential aller demokratischen Parteien zu rechnen sind.

47 Prozent der Bewohner eines hannoverschen Stadtteils haben kürzlich bei einer Meinungsumfrage, ob man die Öffentlichkeit über nationalsozialistische Konzentrationslager informieren soll, mit einem klaren "Nein" geantwortet. Dies darf uns nicht bloß erschrecken, dies zeigt uns auch, wo der Hebel anzusetzen ist. Bei der anscheinend unausrottbaren Intoleranz gegenüber Minderheiten, zum Beispiel Ausländern und Kommunisten, bei der so leicht zu weckenden Bereitschaft, dann, wenn es wirtschaftlich schwierig wird, den großen Vereinfachern und ihren wohlfeilen Erklärungsmustern nachzulaufen, die nicht dadurch schlüssiger werden, daß sie so griffig sind.

Der vom Bundespräsidenten ausgeschriebene Schülerwettbewerb 1980/81 "Alltag im Nationalsozialismus", von dessen positiver Resonanz die Verantwortlichen so überrascht worden sind, daß sie sich zu einer Fortschreibung entschlossen haben, hat nicht nur bewiesen, daß bundesweit feststellbar ein erheblicher Nachholbedarf an vorurteilsfreier Aufklärung zu registrieren ist, sondern auch, daß das Interesse für diese Zeit insbesondere bei der jungen Generation gewachsen ist. Dieses Interesse spüren wir auch in unserer kommunalen Arbeit, zum Beispiel bei Aktionen und Veranstaltungen der Freizeitheime, der Volkshochschule, der Jugendzentren, des Kommunalen Kinos, der Schulen und verschiedener Gruppen und Verbände, die - entsprechend ihrer unterschiedlichen Möglichkeiten - versuchen, aufzuklären und zu warnen.

In diesem Zusammenhang dürfen die politischen Parteien nicht vergessen: Wer ein Vakuum entstehen läßt, darf sich nicht wundern, wenn dieses Vakuum von anderen gefüllt wird, darunter auch solchen, die ihren eigenen Mangel an demokratischer Legitimation auf diese Weise zu verdecken hoffen. Ziel unserer politischen Arbeit muß es deshalb sein, unsere Lage, unsere Gesellschaft und unser Land so darzustellen, wie es wirklich ist. Bei allen Problemen müssen wir auch die Möglichkeiten, Freiheiten und Qualitäten aufzeigen, die unser Staat trotz schlechter Wirtschafts- und Finanzlage, trotz Zwängen und Ängsten, trotz Rüstungswettlauf und pessimistischer Darstellung in den Medien bietet.

Darüber hinaus müssen wir uns bemühen, in der Politik mehr moralische Fragen zu stellen und versuchen, sie zu beantworten. Wir müssen auch Fragen an die Vergangenheit richten, damit nicht ein Abschnitt deutscher Geschichte von beispielloser historischer Tragweite aus dem Gedächtnis und Bewußtsein einer ganzen Nation gestrichen wird.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufarbeitung des Nationalsozialismus ist es, daß dieses Thema mit der gleichen Selbstverständlichkeit behandelt wird, wie sie gegenüber jedem beliebigen anderen historischen Ereignisgang und gäbe ist. (-/12.1.1982/h1/hgs)

+ + +



Praktische Politik für eine bessere Umwelt

Kompromisse zwischen Ökonomie und Ökologie sind möglich

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Die ökologiepolitischen Orientierungen der SPD erhalten ihren Sinn durch die Beschreibung der umweltpolitischen Position der SPD für einen längerfristigen Zeitraum. Die Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion kann darauf hinweisen, daß sie mit ihren Initiativen in der praktischen Politik bereits seit Jahren Positionen des Ökologiepapiers in die Umsetzungsphase eingeführt hat und damit der Beweis erbracht ist, daß grundsätzliche Standortbestimmung mit praktischer Politik und deren Umsetzung vereinbar ist.

Die Behauptung soll nur an wenigen Beispielen untermauert werden:

1. Straßenbau

Bereits in der 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sind unter dem Motto: "Qualität vor Quantität" Umschichtungen in der Verkehrsinvestitionspolitik vorgenommen worden, die sich bis in die heutigen Tage fortsetzen. Die Ziele des Bundesverkehrswegeplanes 1980 sind in den letzten Wochen noch stärker akzentuiert worden und haben häufig eine Konzentration auf geringere Dimensionen gebracht sowie Prioritäten für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit für die Modernisierung der Autobahnbetriebsstrecken für eine Weiterführung des Ortsumgehungsprogrammes und für kleinere Um- und Ausbäumaßnahmen von Bundesstraßen. Diese Konzentration auf Ersatzinvestitionen und qualitätsverbessernde Bäuemaßnahmen wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

2. Main-Donau-Kanal

Wir haben immer wieder gedrängt, ein ökonomisch und ökologisch abgewogenes Konzept für das weitere Vorgehen zu finden. Deshalb haben wir den Bundesverkehrsminister nachdrücklich aufgefordert, entsprechende formelle Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern aufzunehmen, um alle Gesichtspunkte für einen sinnvollen Abschluß und gegebenenfalls strukturpolitisch vertretbare Ersatzmaßnahmen zu erörtern.

3. Internationaler Eisenbahnverkehr

Unsere Initiativen zielen auf eine Intensivierung der Kooperation. Wir fordern im Bereich der EG eine systemübergreifende Verkehrspolitik mit dem Ziel der Erhöhung des gemeinsamen Interesses der Eisenbahnen am internationalen Schienenverkehr, einer Verbesserung der Zusammenarbeit der Eisenbahnen, mit einer Beseitigung der bestehenden Engpässe im Nord-Süd-Schienenverkehr sowie einer besseren Nutzung der vorhandenen internationalen Schienenverkehrskapazität.

4. Flughafenzüge:

Wir haben gedrängt, daß zur Vermeidung unwirtschaftlicher Investitionen ein neues Verkehrsangebot wie die Flughafenzüge "am Markt" erprobt werden. Damit wird dem



Fluggast ein Angebot unterbreitet, welches mittel- und langfristig den innerdeutschen Luftzubringerdienst wie auch das Straßennetz entlasten kann. Die besondere verkehrspolitische Bedeutung des Projekts "Flughafenzüge" liegt in der erfolgversprechenden Zusammenarbeit von Bundesbahn und Lufthansa. Kooperation statt Verdrängungswettbewerb muß auch hier das Motto einer zukunftsgerechten Politik sein.

5. Kombinierter Verkehr

Dieser Transportart gilt schon seit Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit, weil sie die Fernstraßen entlastet, Energie spart und es ermöglicht, die besonderen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger besser zu nutzen. Die im kombinierten Verkehr beförderten Mengen nehmen weiterhin zu. Bei der Deutschen Bundesbahn muß der kombinierte Verkehr einen hohen Stellenwert erhalten, weil sein Anteil an den gesamten Transportleistungen - jetzt acht Prozent - unter dem Transport höherwertiger Güter über mehr als 400 km - jetzt 36 Prozent - immer mehr anwächst. Das Mindestziel für 1985 (18,5 Millionen t in Container und Huckepack-Verkehr zusammen) entspricht einer Verlagerung von cirka 1,1 Millionen Lkw-Fernfahrten von der Straße auf die Schiene.

Dies alles sind praktische Beispiele aus unserer parlamentarischen Arbeit, um die mit dem ständigen Anwachsen des Individualverkehrs in den vergangenen Jahren verbundenen negativen Auswirkungen auf die Umwelt einzudämmen. Sie verdeutlichen, daß ein Kompromiß zwischen Ökonomie und Ökologie in der Verkehrspolitik möglich ist, wenn man sich darauf einrichtet, zäh und beharrlich zu arbeiten und sich vernunftsbezogenen Lösungen in kleinen Schritten nähert. In diesem Sinne werden wir auch in der Zukunft der besseren Auslastung vorhandener Verkehrswege durch Verknüpfung zwischen Schiene und Straße, Nahverkehr und Individualverkehr sowie Schiene und Luftverkehr den Vorzug geben vor der Schaffung neuer Kapazitäten.

(-/ 12.1.1982/ks/hgs)

+ + +



Wie schön und wie spät!

Bemerkungen zur beschäftigungspolitischen Debatte

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion.

Verstehen kann man's, aber es befriedigt dennoch nicht: Wieder einmal steht die Diskussion um beschäftigungspolitische Initiativen unter starkem Druck der Öffentlichkeit. Die Politiker, die letztlich darüber entscheiden müssen, fühlen sich in die Ecke gedrängt. Entweder in die ihrer eigenen Vorurteile (wie Graf Lambsdorff) oder in die der Erwartungen ihrer Freunde (wie der Bundeskanzler durch den DGB-Vorsitzenden). Das zwingt zu Stellungnahmen zur Unzeit und zu einer Begleitmusik, die Lösungen nicht eben erleichtert. Die Politiker dürfen sich darüber am wenigsten beschweren. Schließlich sind sie bis zur Stunde die Antworten auf das gesellschaftspolitische Hauptproblem unserer Tage, die wachsende Arbeitslosigkeit, schuldig geblieben.

Dabei ist die Fragestellung nicht neu, sie ist spätestens seit 1980 abzusehen gewesen, und es sind auch die möglichen Antworten nicht neu, sondern seit vielen Monaten vorgedacht worden. Man hat sich nur nicht entscheiden können, nicht entscheiden wollen und nicht entscheiden dürfen. Man hat das Problem vertagt, es ist gewachsen und gewachsen und so fast schon nicht mehr handhabbar geworden. Nun warten wir noch auf den Jahreswirtschaftsbericht und dann soll es entgültig ans Antworten gehen. Wie schön und wie spät!

Über verschüttete Milch zu jammern, führt allerdings nicht weiter. Umso wichtiger ist es, sich jetzt schon über einige Fakten möglichst illusionslos zu verständigen. Diese wären beispielsweise:

- Jede staatliche Beschäftigungsinitiative, die nicht durch ein entsprechendes geld- und kreditpolitisches Verhalten der Bundesbank flankiert wird, muß scheitern.
- Jedes Programm, das nicht im zweistelligen Milliardenbereich angelegt und auf ein Jahrfünft auf hohem Niveau durchgezogen wird, kann den strukturpolitischen Notwendigkeiten nicht Rechnung tragen.
- Wird der Bund bei einer solchen beschäftigungspolitischen Aktivität nicht von den anderen Gebietskörperschaften nach Kräften mit unterstützt, muß die erhoffte Anstoßwirkung im Kompetenzgerangel mit den Ländern verpuffen.
- Jede Initiative, die nach dem Gießkannenprinzip verfahren konjunkturstimulierend wirken will, ist zu teuer, zu wenig wirksam und übersieht die strukturellen Defekte, die es zu beheben gilt.
- Die finanziellen Größenordnungen, um die es jetzt gehen muß, machen ein Umsteuern unausweichlich: weg vom Weiterwursteln im Subventionsdschungel, hin zu gezielten strukturpolitischen Hilfen.
- Der Staat braucht mehr Geld. Den kleinen Mann hat er schon geschrópft, die Sozialhaushalte hat er schon zurückgeschnitten, jetzt geht es um die solidarische Mithaftung der bislang begünstigten und verhätschelten Mittel- und Oberschichten unserer Gesellschaft.



- Durch Abbau von Subventionen und unangebrachten Steuervergünstigungen läßt sich eine solche Initiative allein nicht finanzieren. Auch eine Inanspruchnahme des Kreditmarktes für Beschäftigungsinvestitionen wird notwendig sein.
- Der Staat tut gut daran, sich der Mitwirkung der Wirtschaft und der Gewerkschaften an einem solchen Programm zu versichern. Deshalb muß es auch so angelegt sein, daß es von den Sozialpartnern aus eigener Überzeugung mitgetragen wird.

Aus arbeitsökonomischen Gründen wäre ferner anzuraten, auf eine Reihe rethorischer Albernheiten in der weiteren Debatte zu verzichten. Dazu kann man rechnen:

- Die Behauptung, ein Ausweg liege allein in der Entfesselung der unternehmerischen Initiative, solange dies nicht schlüssig an Hand von Beispielen belegt wird;
- das Gerede von den Selbstheilungskräften des Marktes, ohne zu sagen, welche wann wie wirken werden;
- die Mär von dem Investitionsstau, der durch Bürgerinitiativen oder überbürokratisierte Genehmigungsverfahren bedingt sei, bei gleichzeitigem Verzicht einer detaillierten Übersicht dieser angeblich blockierten Bauvorhaben;
- das unsinnige Gerede über den beschäftigungspolitischen Hit einer Verkabelung unserer Ballungszentren ohne gleichzeitige Nennung der Finanziars dieses viele Milliarden erfordernden Projekts;
- die infame Parole vom Klassenkampf der Arbeitsbesitzenden gegen die Arbeitslosen, ohne Roß und Reiter und solche Klassenkampfsituationen kenntlich zu machen;
- das Schwachsinnargument vom notwendigen Ärmel-aufkrepeln unseres Volkes, solange man nicht glaubhaft in Zweifel ziehen kann, daß es nicht an Arbeitsbereitschaft, sondern an Arbeitsmöglichkeiten mangelt;
- die Perfidie der Mär vom Ausruhen in der sozialen Hängematte;
- den unbelegten Unsinn von der Gefährdung der Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung;
- die gedankenlosen Warnungen vor vorschnellen Lösungen, ohne einen Zeitrahmen für zeitgerechte Lösungen zu nennen.

Diese Liste ist ganz gewiß nicht vollständig, sie soll eigentlich nur daran erinnern, wieviel Unsinn in der beschäftigungspolitischen Diskussion alltäglich über den Äther und durch die sonstigen Medien transportiert wird. All dies vernebelt mehr, als das Bewußtsein für eine wirklich dramatisch zugespitzte Frage zu schärfen. Mitunter hat man den Eindruck, als glaubten nicht wenige Verantwortliche in Politik und Wirtschaft tatsächlich, wir befänden uns in einem zeitweiligen, in spätestens ein paar Monaten langsam wieder sich verflüchtigen Tief.

Eine solche Fehleinschätzung wäre das eigentliche Verhängnis. Wir befinden uns in einer Umbruchphase, die der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren vergleichbar ist. Und wir reagieren, so ist zu fürchten, genauso hirnlos darauf, solange wir uns nur um die finanziellen Folgen der Dauerkrise den Kopf zerbrechen.

(-/12.1.1982/ks/hgs)

+ + +

